

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. Juli 1962

Blatt 1590

Conrad Lötsch gestorben

=====

20. Juli (RK) Conrad Lötsch, langjähriger Gemeinderat, dritter Landtagspräsident und Bürger der Stadt Wien, ist gestern, Donnerstag im 85. Lebensjahr gestorben. Auf den Ecktürmen des Rathauses wehen schwarze Fahnen.

Conrad Lötsch war eine der markantesten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Stadt Wien. Er gehörte zu dem Kreis jener Unermüdlichen, die ihre ganze Kraft und alle Fähigkeiten in den Dienst der Bundeshauptstadt stellten.

Conrad Lötsch wurde am 19. Februar 1878 in Aigen, Oberösterreich, geboren. Er erlernte in Linz das Schlosserhandwerk und kam nach Beendigung seiner Militärdienstzeit nach Wien, wo er einen Arbeitsplatz in der Nordbahnwerkstätte-Floridsdorf annahm. Schon frühzeitig betätigte er sich in der Arbeiterbewegung, war bald der Vertrauensmann der 3.000 Werkstättenarbeiter des Betriebes und redigierte während des ersten Weltkrieges den "Volksboten" von Floridsdorf. Im November 1918 wurde Lötsch in den Gemeinderat berufen. Ihm gehörte er bis zu dessen Auflösung im Jahre 1934 an. Auch die zweite Republik sah Conrad Lötsch als einen der tatkräftigsten Gemeinderäte der Stadt Wien. Lötsch hat sich in den Jahrzehnten seines Wirkens für die Stadt Wien und besonders für das Wohl der Bevölkerung des 21. Bezirkes mit seiner ganzen Persönlichkeit eingesetzt. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet kann Lötsch auf besondere Leistungen hinweisen. Seiner Initiative waren viele der umfangreichen Grundankäufe durch die Stadt Wien zu danken, wodurch erst die Voraussetzung

./.

zur Durchführung des großen Wohnbauprogrammes in der Ersten Republik gegeben war.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges hat Lötsch wieder Hervorragendes für Wien geleistet. Er errichtete für Floridsdorf, das durch die Zerstörung sämtlicher Brücken von der Stadt abgeschnitten war, eine eigene Gemeindeverwaltung. Nach den ersten Nachkriegswahlen gehörte er seit Dezember 1945 bis November 1954 wieder dem Wiener Gemeinderat an. Von 1951 bis 1954 war er auch einer der sechs Vorsitzenden dieser Körperschaft. Von 1951 bis 1954 übte er auch die Funktion eines dritten Präsidenten des Wiener Landtages aus. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Wiener Gemeinderat war er Vorsitzender des Klubs der sozialistischen Gemeinderäte. Für seine großen Verdienste wurde ihm anlässlich seines 70. Geburtstages im Jahre 1948 vom Wiener Gemeinderat das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen. Es ist dies die zweithöchste Auszeichnung, die die Bundeshauptstadt zu vergeben hat. Später wurde ihm auch vom Bundespräsidenten das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Die Trauerfeier findet Donnerstag, den 26. Juli, um 15 Uhr, in der Feuerhalle der Stadt Wien statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt Freitag, den 27. Juli, um 14.15 Uhr im Friedhof Groß-Jedlersdorf.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

20. Juli (RK) Montag, den 23. Juli, Route 1 mit Besichtigung der Großgarage an der Raxstraße, der Liesingbachverbauung, der Autobahneinfahrt Süd und des neuen Industriegebietes Liesing sowie städtischer Siedlungen, Wohnhausanlagen und sonstiger Einrichtungen im 10. und 23. Bezirk. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 13.30 Uhr.

- - -

Internationales Jugendtreffen im Wiener Rathaus
=====

20. Juli (RK) Die Wiener Stadtverwaltung gab gestern abend aus Anlaß der Preisverteilung im Europäischen Schülerwettbewerb im Rathaus einen Empfang, dem Schüler aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, der Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz sowie zahlreiche Funktionäre der "Journée Européenne des Écoles" beiwohnten. Zur Begrüßung der Jugendlichen hatten sich mit Vizebürgermeister Slavik die Stadträte Maria Jacobi und Sigmund, Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer sowie der Leiter des Wiener Jugendamtes Senatsrat Prof. Tesarek eingefunden.

Vizebürgermeister Slavik gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er in Wien die Preisträger eines Internationalen Wettbewerbes begrüßen kann, an dem 1,5 Millionen Schüler, davon in Österreich 12.000, teilgenommen haben. Österreich ist stolz darauf, sagte er, daß seit 1959 bei diesem Wettbewerb zwei Schüler aus Österreich mit Goldmedaillen des Europarates ausgezeichnet wurden. Er wünschte den 150 Preisträgern im Namen des Bürgermeisters und der gesamten Bevölkerung einen angenehmen Aufenthalt.

Im Namen der Gäste dankte Rektor Bruegmans (Belgien) für den freundlichen Empfang. Dem Italiener Claudio Roveda, dem im diesjährigen Wettbewerb der zweite Preis zugesprochen wurde, hat Stadtrat Maria Jacobi als Geschenk der Stadt Wien eine Schmalfilmkamera samt Projektionsgerät überreicht.

Wiener Gemeinderat

=====

20. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Fürstenhofer (SPÖ) trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zu seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen. Anfragen lagen vor: von der KLS eine, von der FPÖ drei und von der ÖVP eine. Die ÖVP hat ferner eine Anfrage an den Bürgermeister betreffend das Projekt einer Gondelbahn von Grinzing auf den Kahlenberg und Leopoldsberg gerichtet. Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden. Zum selben Thema brachte die FPÖ einen Antrag ein, zu dem die dringliche Behandlung verlangt wurde. Auch darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt.

An Anträgen lagen vor: von der SPÖ betreffend "Erhöhung der Pflegegelder und Pflegebeiträge" sowie betreffend "vierzehnmalige Auszahlung der Blindenbeihilfe"; von der KLS betreffend "eine Kreditaktion zur Förderung von Hausstandsgründungen", betreffend "Beschleunigung der Senkgrubenräumung", sowie betreffend "Verbesserung der Feuerbekämpfung in Siedlungen", von der FPÖ betreffend "Errichtung von industriellen Anlagen in der Lobau"; von der ÖVP betreffend "Anbringung von Straßenbezeichnungen bei den Aufgängen der Fußgängerpassagen am Ring", sowie betreffend "Errichtung von Gesellenheimen durch die Stadt Wien".

Debatte über Rechnungshofbericht

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legte dem Gemeinderat den Rechnungshofbericht und die Äußerungen des Stadtsenates vor. Ich habe "die große Freude", begann der Referent, einen viel-diskutierten Bericht dem Gemeinderat zu unterbreiten. Er teilt dann eingangs mit, daß in der Zwischenzeit ein Brief des Rechnungshofes eingelangt ist, der sich mit den Äußerungen des Finanzreferenten im letzten Gemeinderat beschäftigt. Dieser Brief wurde über Heisung des Bürgermeisters vom Magistratsdirektor dem Stadtsenat zur Kenntnis gebracht, und er (Slavik) habe im Stadtsenat darauf geantwortet. Gestern ist nun ein weiterer Brief des Rechnungshofes eingelangt, in dem es heißt, daß noch Gegenäußerungen abgegeben werden.

./.

Der Vizebürgermeister beschäftigte sich nun eingehend mit diesem Brief, in dem es unter anderem heißt, der Rechnungshof habe erst aus den Zeitungen erfahren, daß sich der Stadtsenat mit seinem Bericht noch nicht beschäftigt habe. Slavik hält dem entgegen, daß in dem Begleitschreiben an den Rechnungshof vom 12. Februar ausdrücklich von beabsichtigten Äußerungen des Stadtsenates die Rede war und auch gesagt wurde, daß man mit der Behandlung im Stadtsenat zuwarten werde, bis die Stellungnahme des Rechnungshofes einlange.

Am 12. Juni wurde nun mitgeteilt, daß mit keiner Gegenäußerung zu rechnen sei, worauf sofort der Rechnungshofbericht mit den Äußerungen des Magistrats dem Stadtsenat vorgelegt wurde. Dieser genehmigte sie ohne Änderung.

Was nun die vom Rechnungshof kritisierten Überschreitungen anlangt, so heißt es jetzt in dem Brief des Rechnungshofes, er habe nur die Kreditgewährung im nachhinein kritisiert. Dazu bemerkte der Vizebürgermeister, daß auf jedem Akt nicht nur der Antrag, was geschehen soll, zu finden ist, sondern auch, was es kostet und wie der Kredit bedeckt werden soll. Die Auffassung des Rechnungshofes ist also hier völlig falsch. Was nun das Zusatzbudget anlangt, so haben wir damit aufgehört, denn es ist übersichtlicher, wenn sich der Gemeinderat jeweils im Einzelfall mit einem Antrag beschäftigt. Außerdem sind die Überschreitungen im Laufe der Jahre von 41 Prozent auf gegenwärtig ungefähr zehn Prozent zurückgegangen. Dafür ein Eventualbudget aufzustellen, brächte nur Verwirrung.

Mit Nachdruck betonte Vizebürgermeister Slavik schließlich, er werde immer dafür eintreten, daß nicht der Magistrat dem Gemeinderat Verpflichtungen auferlegen dürfe; denn dies würde den Weg von der Demokratie zur Bürokratie bedeuten.

Vizebürgermeister Slavik greift dann aus dem Rechnungshofbericht die Frage der Überschreitungen des Budgets auf und nimmt auch zur Frage Stellung, ob es notwendig wäre, ein außerordentliches Budget zu beschließen. Hiezu stellt er fest, daß es bei uns nur eine einzige Post gäbe, wo die Gemeinde Wien einen Kredit aufnimmt, und zwar für die Behebung von Kriegsschäden. Andere Kredite, die aufgenommen werden, sind nur als Durchlaufposten zu bezeichnen, die nicht einmal in ein Eventualbudget aufgenommen

werden können, da die Termine der Anleihen nicht von der Stadt Wien festgelegt werden können. Er stellt fest, daß entgegen der Meinung des Rechnungshofes die Gemeinde Wien auch auf diesem Gebiet einwandfrei vorgehe. Über die Frage der Erhöhung der Ausgaben und Einnahmen, erklärt er weiter, habe er bereits in der letzten Gemeinderatssitzung berichtet. Die Ursachen dieser Erhöhungen sind daher hinlänglich bekannt. Was die Interimsgebarung betreffe, wurde dieser Weg deshalb gewählt, um in späteren Zeiten die Übersicht in der Gebarung zu erleichtern. Was die Bemerkungen des Rechnungshofes zur Frage der Amtstaxen betrifft, erinnert er daran, daß diese Taxen vor 37 Jahren eingeführt wurden. Der Rechnungshof bezeichnet sie jetzt als verfassungswidrig. Hierzu stellt er fest, daß es sich um zwei verschiedene juristische Auffassungen handelt, und daß er sich freuen würde, könnte sich der Verfassungsgerichtshof damit beschäftigen und Klarheit schaffen.

Zur Entwicklung der Rücklagen, sagt er, daß sie in den letzten drei Jahren um rund 80 Millionen Schilling gestiegen sind. Einen Ausgleich zwischen den Ausgaben und Einnahmen zu schaffen, erklärte er weiter, sei keine leichte Aufgabe. Schon deswegen nicht, da man am Jahresbeginn nie wissen könne, welche Rechnungen im Dezember vorgelegt werden. Seiner Meinung nach kann dieser Unsicherheitsfaktor derzeit durch nichts ausgeschaltet werden. In der Praxis kann nur die Art der täglichen Überprüfung unserer Situation eine genaue Orientierung ermöglichen.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt er sich mit der Abgabenerordnung, die soweit es möglich ist, der Abgabenerordnung des Nationalrates angepaßt wird. Diese Abgabenerordnung kann nur in Übereinstimmung mit den anderen Bundesländern gestaltet werden, und er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die in Aussicht gestellte neue Abgabenerordnung am 1. Jänner 1963 in Kraft treten werde.

Slavik beschäftigt sich dann mit dem Vorwurf des Rechnungshofes, wonach die Kredite der Gemeinde Wien an das Verkehrsministerium ohne Vertrag gegeben wurden. Er bemerkt hierzu, daß diese Kredite über das Finanzministerium bereitgestellt wurden und er der Meinung ist, daß hierfür kein notarieller Vertrag notwendig ist. Er bezeichnet es auch als sehr seltsam, daß der Rechnungshof in seinem Bericht auf Angelegenheiten des Jahres 1957

zurückgreift, und zwar auf den Kredit an den Papst-Kiba-Film. Er stellt fest, daß dieser Kredit in einer für den österreichischen Film aussichtsreichen Situation vom Wiener Gemeinderat bewilligt wurde, und daß man unserem Film eine gute Chance geben wollte.

Die Ausnützung der städtischen Erziehungsheime sei zu gering, meint der Rechnungshof. In der Zwischenzeit haben wir einige Abteilungen in den Lehrlingsheimen gesperrt. Eine hundertprozentige Ausnützung wird jedoch nicht möglich sein, denn wenn ein Lehrling ein Bett braucht, dann muß auch schon ein leeres da sein.

Die Pflegegebühren in den Altersheimen. Wir haben sie vor zwei Jahren erhöht. Es hat damals jedoch sehr viel Aufregung gegeben, und derzeit ist jedenfalls nicht der Zeitpunkt, eine weitere Erhöhung vorzunehmen. Dasselbe gilt für die Verpflegskosten in den Krankenanstalten.

Bei den Bauangelegenheiten werden eine Reihe von Bagatellsachen behandelt, die sich vor allem mit Ausschreibungsmodalitäten beschäftigen. Es ist auch hier in dem Bericht mehr Theorie als Praxis drin. Man muß schon auf die Fachleute hören, wenn sie sagen, daß der billigste Bieter nicht immer der beste ist.

Grundsätzlich erklärt Vizebürgermeister Slavik, er möchte nicht, daß an der Objektivität des Rechnungshofes Zweifel entstehen. Wenn er dieser Gefahr ausweichen will, dann muß er auch Gemeinwirtschaftsbetriebe genau so behandeln wie Privatbetriebe. Man dürfe daher nicht den Gemeinwirtschaftsbetrieb mit vollen Namen anführen, bei einer privaten Firma aber nur diskret die Anfangsbuchstaben nennen.

Der Referent beschäftigt sich dann auch mit der Empfehlung des Rechnungshofes, die Bäderpreise zu erhöhen. Er weist darauf hin, daß der Magistrat einen Antrag auf Preiserhöhung gestellt hat, doch konnte er im Gemeinderat nicht beschlossen werden.

Abschließend erklärt Vizebürgermeister Slavik, er glaube damit die wesentlichen Fragen des Rechnungshofberichtes behandelt zu haben. Eine Verwaltung mit 53.000 Bediensteten, durch deren Hände im Jahr fast sieben Milliarden Schilling gehen, eine solche Verwaltung zu führen, ist an sich nicht einfach. Bei den Beanstandungen des Rechnungshofes handelt es sich jedoch nur um

Promillesätze unserer Verwaltung. Er glaube daher, daß man auf Grund des Berichtes sagen kann, daß die Verwaltung der Stadt Wien im wesentlichen gut arbeite. Es soll nach wie vor unser Wunsch sein, daß wir kritisiert werden; aber gleichzeitig wünschen wir uns, daß eine solche Kritik auch eine objektive Darstellung in der Öffentlichkeit findet! (Allgemeiner Beifall.)

Rechnungshof-Debatte

GR. Iauscher (KLS) erklärt, seine Fraktion stimme weder mit dem Bericht, noch mit den Gegenäußerungen des Wiener Stadtsenates überein. Er begrüße zwar jede positive eigene Initiative, spreche sich aber gegen jede Eigenmächtigkeit aus, vor allem gegen solche, die die Einschränkung der Rechte des Gemeinderates zum Ziele haben. Er habe nichts gegen die Budgetüberschreitungen, die aus einer wirtschaftlichen Entwicklung resultieren, doch bezeichnet er es als sonderbar, wenn Riesenkredite wie etwa die an die Österreichischen Bundesbahnen ohne ausreichende Kreditverträge abgeschlossen werden. Was ist das für eine merkwürdige Gegenäußerung, fragt er, wenn es heißt, die vorliegenden brieflichen Abmachungen könnten als ausreichend bezeichnet werden? Einer solchen Begründung könne seine Fraktion nicht zustimmen. Die Haushaltsgebarung wurde verzerrt dargelegt, was vom Rechnungshof mit Recht beanstandet wurde.

Zum Finanzausgleich 1959 stellt er fest, daß er einseitig nur für den Finanzminister erfolgreich gewesen ist. Durch den Kredit an die Papst-Kiba-Filmgesellschaft wurde zwar der Versuch unternommen, die heimische Filmproduktion anzukurbeln, doch seiner Meinung nach ist dabei die gute Chance versäumt worden. Nachher wurde das Defizit dieser Produktion bezahlt ohne darüber den Gemeinderat zu informieren. Erst der Rechnungshofbericht brachte es nun an den Tag.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Bemerkungen des Rechnungshofberichtes über die Zustände im Altersheim Liesing, wo seinerzeit bis zu 38 Personen auf einem Zimmer untergebracht waren. Seither, sagt er, hat sich in Liesing und auch in den anderen städtischen Altersheimen manches verbessert.

Es bleiben aber trotzdem noch manche Wünsche offen. Er regt an, auf diesem Gebiet die Anstrengungen noch weiter zu verstärken. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion dem Rechnungshofbericht im allgemeinen zustimmt, nicht aber den Gegenäußerungen des Stadtsenates.

GR. Dr. Schmidt (FPO) erinnert daran, daß sich der Finanzreferent in der letzten Sitzung des Gemeinderates sehr verbittert über die Art zeigte, wie die Presse zum Rechnungshofbericht Stellung genommen hat. Er stellt fest, daß es sich um eine Mißachtung des Rechnungshofes handelt, wenn man ihm eine Äußerung des Magistrats anstelle des Stadtsenates zuschickt. Der Rechnungshof ist als oberstes Kontrollorgan berechtigt, die ordnungsmäßige Verwendung der Steuergelder zu überprüfen und die Allgemeinheit habe das Recht zu erfahren, wie die Steuergelder verwendet werden. Seiner Meinung nach wurden die Überschreitungen des Budgets im Rechnungshofbericht mit Recht beanstandet. Es ist zwar richtig, wie der Finanzreferent sagt, daß die Überschreitungen in den Gemeinderatsausschüssen bewilligt werden. Es handelt sich aber um Überschreitungen, die nachträglich zur Kenntnis genommen werden müssen, ohne von den Gemeinderäten beschlossen zu werden. Nach der derzeitigen Gefflogenheit fehlt dem einzelnen Gemeinderat der Überblick, ob die durch ihn beschlossenen Überschreitungen überhaupt im Budget gedeckt sind. Demnach scheint es gar nicht so abwegig, wenn der Rechnungshof die Vorlegung eines Nachtragsvoranschlages anregt. Mit Recht kritisiert der Rechnungshof auch die Interimsgebarung, vor allem den Vorgang bei dem im Voranschlag nicht aufscheinenden Kredit an die Österreichischen Bundesbahnen. Bei einem privaten Unternehmer würde eine solche Unterlassung mit Rechtalsein "Frisieren" der Bilanz bezeichnet. Diese Transaktion hätte man für jedermann sichtbar ausweisen müssen. Es hat den Anschein, erklärt er, daß sich die Praxis eingelebt habe, Transaktionen sozusagen zwischen Tür und Angel abzuwickeln. Das gilt auch für die Darlehen, die an die Städtischen Unternehmungen gewährt wurden. Transaktionen zwischen Körperschaften erfordern klare und präzise Abmachungen. Den Kredit an die Papst-Kiba-Filmgesellschaft be-

zeichnet er als kein besonderes Musterstück für den Umgang mit öffentlichen Geldern. Die Gemeinde Wien, die sonst sehr streng bei der Einhebung von Abgaben ist, hat damals einer Filmproduktion Millionen zum Verwirschaften bereitgestellt, ohne den Gemeinderat davon in Kenntnis zu setzen. Dr. Schmidt stellt aber dazu fest, daß die Zeitungsberichte, in denen damals die Rede von Millionenverlusten war, nicht den Tatsachen entsprechen. Vizebürgermeister Slavik hat bei den Bauangelegenheiten von Bagatellsachen gesprochen. Der Redner meint, hier müsse man schon von Protektionswirtschaft reden. Er fragt, wer dafür verantwortlich sei, daß diese Baufirma trotz schlechter Arbeit immer wieder Aufträge erhält.

Abschließend erklärt GR. Dr. Schmidt, er sei dem Rechnungshof dankbar für seine gründliche Untersuchung, durch die der Glorienschein von der Stadtverwaltung weggezogen wurde. Den Rechnungshofbericht werde seine Fraktion zur Kenntnis nehmen. Die Äußerungen des Stadtsenates hierzu lehne sie jedoch ab. Er ersuche daher um getrennte Abstimmung.

GR. Bittner (ÖVP) meint eingangs, man hätte sich alle Aufregung und alle Polemiken ersparen können, wenn man die Bestimmungen des Rechnungshofgesetzes eingehalten hätte. Wir nehmen aber gern zur Kenntnis, daß man in Zukunft genau nach dem Gesetz vorgehen wird.

Der Redner kritisiert dann die Unübersichtlichkeit in der Budgetaufstellung und verweist zum Thema Nachtragsbudget darauf, daß nach der Haushaltsordnung der Magistrat die Verpflichtung dazu hätte.

Über die Filmproduktion und deren Mißerfolg wurde der Gemeinderat leider nicht laufend unterrichtet. Man hätte vor allem darauf aufmerksam machen müssen, daß die Bürgerschaft in Kraft tritt.

Bei den Erziehungsheimen sei er der Meinung des Vizebürgermeisters. Er regt jedoch an, falls die Kapazität der Lehrlingsheime tatsächlich zu groß werden sollte, doch auch für die Gesellen Vorsorge zu treffen.

Bei den Altersheimen könnte man vielleicht keine starre Summe einheben, sondern die Beträge nach dem Einkommen staffeln.

Was die Anstaltsordnung betrifft, so ist man zwischen Ärzten und Verwaltung bis heute noch zu keiner Einigung gekommen.

Aber in ein Spital gehe man nicht, um gut verwaltet, sondern um anständig ärztlich behandelt zu werden. Deshalb sollte die Verwaltung nicht den Vorrang vor der ärztlichen Entscheidung bekommen.

Es ist wiederholt erklärt worden, daß es Betriebe der Kommunalwirtschaft gibt, die man loben muß. Nach Durchsicht des Rechnungshofberichtes kann man die Bestattungsbetriebe sicherlich nicht zu diesen Wirtschaftszweigen zählen. Es ist zu fürchten, daß die Geschwindigkeit der Ausarbeitung der Betriebsordnung dem Tempo der Wiener Straßenbahn angeglichen wird, sodaß es fraglich ist, ob wir überhaupt jemals eine solche Betriebsordnung bekommen.

In einer Demokratie ist eine Kontrolle aller Organe und Verwaltungskörper unerläßlich. Zum Wesen einer demokratischen Kontrolle gehört, daß sie öffentlich ist, daß das Recht der Gegenäußerung gewahrt ist und daß Personen, die Fehler gemacht haben, nicht persönlich diffamiert werden.

Die Kritik des Rechnungshofes hat den Zweck, möglichst viele Fehlerquellen auszuschalten. Sicherlich ist eine solche Kritik für die Betroffenen nicht angenehm. Wir müssen aber dem Rechnungshof für seine Verbesserungsvorschläge und Ratschläge dankbar sein, die Mandatäre im besonderen deshalb, weil er sie in ihrem Bemühen unterstützt, die Verwaltung möglichst billig zu gestalten, weil er ihren Blick dafür schärft, mit den Steuern der Wiener Bevölkerung so wirtschaftlich und doch so sozial wie nur möglich umzugehen. In diesem Sinne wird die ÖVP-Fraktion dem Bericht des Rechnungshofes und den Gegenäußerungen des Stadtsenates die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) hebt hervor, daß es keinesfalls zutrefte, daß die sozialistische Fraktion oder einzelne Persönlichkeiten, die ihr angehören, die Arbeit des Rechnungshofes gering einschätzen, sie für bedeutungslos halten oder gar ignorieren. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Sie wertet den Rechnungshof als Bestandteil der Einrichtungen eines demokratischen Gemeinwesens, und rechnet ihm hoch an, daß er seine Aufgabe ernst nimmt. Man darf aber auch nicht unbedingt den Standpunkt einnehmen, daß eine Institution die kritisiert, unbedingt recht haben müsse. Erst in der Auseinandersetzung, in diesem Streit

der Meinungen wird sich herausstellen, wessen Standpunkt der richtige ist.

Unverständlich sei die Haltung, die manche Journalisten hinsichtlich des Rechnungshofberichtes an den Tag gelegt haben. Ich halte es für ausgeschlossen, erklärt der Redner, daß die Pressepolemiken rund um den Rechnungshofbericht von unseren bewährten Kommunalberichterstattem, die ihre Arbeit außerordentlich ernst nehmen und sich im Laufe der Zeit wirkliche Fachkenntnisse angeeignet haben, stammen. Es kann nicht sein, daß Journalisten, die über solche Erfahrungen verfügen, nicht auch wissen, daß zum Rechnungshofbericht als zweiter Teil auch die Gegenäußerungen des Stadtsenates gehören. Man leistet daher der Demokratie einen schlechten Dienst, wenn man nur den ersten Teil herausgreift und damit den Anschein erweckt, als ob es etwas zu verbergen gäbe, wenn man persönlich diffamiert und über die Gegenäußerungen einfach hinweggeht.

Der zur Debatte stehende Rechnungshofbericht behandelt die Einschau der Jahre 1957 bis 1959. Er reicht also fast auf fünf Jahre zurück. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, als wäre in manchen Verwaltungszweigen jahrzehntelang Mißwirtschaft getrieben worden. An Hand zahlreicher Beispiele führt GR. Dr. Stermer den Nachweis, daß ein Großteil der ausgestellten Mängel bereits beseitigt ist, daß verschiedene Anregungen noch einer Überprüfung bedürfen und zeigt auch Fälle auf, wo nach Auffassung der Sozialisten die Gemeindeverwaltung den Vorschlägen des Rechnungshofes nicht Folge leisten sollte.

Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung sind ununterbrochen der Kritik der Presse und der Öffentlichkeit ausgesetzt. Im Zuge jeder Budgetdebatte wird von den Mandataren ein Vielfaches von dem an Kritik geübt, was in den Darlegungen des Rechnungshofes enthalten ist. Die Entscheidung darüber, ob eine Verwaltung richtig oder falsch gehandhabt wurde, kann aber in einer solchen Diskussion allein nicht erfolgen. Diese Entscheidung fällen letzten Endes die Wähler. Und wenn die Bevölkerung in der überwiegenden Mehrzahl der einen politischen Gruppe das Vertrauen schenkt, dann bringt sie damit auch zum Ausdruck, daß sie die Art, wie diese Gruppe die Verwaltung führt, billigt und ihre Fortsetzung wünscht. Diese Entscheidung ist aber in den letzten Jahren immer zugunsten der Sozialisten ausgefallen.

Die sozialistische Fraktion dankt dem Rechnungshof und seinen Beamten für die gründliche und wertvolle Arbeit, sie wird dem Rechnungshofbericht, aber auch den Gegenäußerungen des Stadtsenates die Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Slavik nimmt im Schlußwort noch einmal zu den aufgeworfenen Fragen Stellung und erklärt, daß die brieflichen Abmachungen zwischen dem Bund und Wien Vertragscharakter haben. Er sei der Meinung, daß der diesbezüglichen Beanstandung seitens des Rechnungshofes formelle Bedeutung zukommt. Der Anregung wird aber nachgekommen.

Was die Bürgerschaft an die Kiba-Filmgesellschaft anbelangt, ging es damals um eine rechtliche Frage. Die Juristen des Rathauses waren der Ansicht, daß die drei vorangehenden Beschlüsse des Gemeinderates für die Bürgerschaft ausreichend waren. Der Finanzreferent erinnert in diesem Zusammenhang, daß trotz der Ansicht der Juristen diese Angelegenheit später dem Gemeinderat noch einmal zur Beschlußfassung unterbreitet wurde.

Zu der Anregung, man möge sich für Nachtragsvoranschläge entschließen, meint er, eine genaue Vorausschau wäre überhaupt nicht möglich, da man immer wieder auf verschiedene Einflüsse gefaßt sein müßte. Jedes Budget ist eine Schätzung nach bestem Wissen und Gewissen. Er erinnert unter anderem an die im Nationalrat beschlossene Änderung der Einkommenssteuer, die der Gemeinde Wien eine enorme Verminderung der Einnahmen brachte.

Was im Rechnungshofbericht zum Wohnbauförderungsbeirat gesagt wird, erklärt er, müsse man zwischen zwei Auffassungen unterscheiden, und zwar wieweit die Beseitigung von Baracken Pflicht der Gemeinde ist und wo die Verpflichtungen des Bundes beginnen. Der Magistrat vertrat seit Beginn die Ansicht, daß die Unterbringung von Flüchtlingen, die infolge von Kriegseinwirkungen Wohnraum verloren haben, Bundesangelegenheit bleiben müsse. Diesem Standpunkt wurde später rechtgegeben. Er verwahrt sich im Zusammenhang auch gegen die im Bericht vorgebrachten Vorwürfe gegen die Praxis im Wohnbauförderungsbeirat und stellt fest, daß diese Beiräte gut und korrekt arbeiten.

Abschließend stellt Slavik fest, daß der Nachteil jedes Budgets sein großer Umfang ist. Die tausenden Posten erfordern monatelange Bearbeitung, bevor sie in den Gemeinderat kommen.

Bei der Anstaltenordnung geht es darum, wer "der erste" sein soll. In dieser Frage konnte noch immer keine Einigung erzielt werden.

Die öffentlichen Ausschreibungen wurden seinerzeit etappenweise eingeführt. Heute hat man bereits begonnen, sogar Aufzüge und Zentralheizungen öffentlich auszuschreiben.

Schließlich verweist der Referent auch darauf, daß die Gemeinde nie mit der Rücklage arbeiten mußte.

Abschließend zieht Vizebürgermeister Slovik das Resümee: die Polemik um den Rechnungshofbericht ist deshalb entstanden, weil Exemplare dieses Berichtes zu einem Zeitpunkt in die Öffentlichkeit gekommen sind, in dem ihn der Stadtsenat noch nicht gehabt hat. Heute stand nun der Rechnungshofbericht zur Verfügung, und man konnte sehen, um was es wirklich geht. Der Bericht des Rechnungshofes bedeutet ja nicht, daß er unbedingt recht haben muß, ebenso wie die Äußerungen des Stadtsenates nicht recht haben müssen. Der Rechnungshof kann ja auch keine Aufträge geben sondern gibt nur seine Wahrnehmungen bekannt. Aber dieser Rechnungshofbericht ist mit der Kenntnisnahme nicht erledigt, sondern alle Abteilungen werden nun zu einer Stellungnahme aufgefordert. Der Bericht ist also kein Stück Papier für uns, sondern wir halten uns wirklich an die Empfehlungen und führen sie nach Möglichkeit durch. Andererseits läßt sich auch der Rechnungshof von der Meinung des Magistrates überzeugen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der FPÖ auf getrennte Abstimmung einstimmig angenommen. Der Bericht des Rechnungshofes wird einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Äußerungen des Stadtsenates werden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP zur Kenntnis genommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

WÖK verzichtet auf Preiserhöhung bei Speisen

20. Juli (RK) Die Fachgruppe Gast- und Schankbetriebe der Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat in einem Rundschreiben ihren Mitgliedern mitgeteilt, daß ab 16. Juli die Preise verschiedener Getränke zu erhöhen sind und alle Speisen im Rahmen der eingetretenen Kostenerhöhungen frei kalkuliert werden können. Auch die WÖK, die der Gemeinde Wien gehörende Wiener Öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft mbH, hat dieses Rundschreiben erhalten. Wie nun die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, wird jedoch die WÖK im Hinblick auf ihren großen Kundentock, der in der Hauptsache aus Berufstätigen aber auch aus zahlreichen Studenten besteht, die Preise der Speisen nicht erhöhen.

- - -

Die jüngste Hundertjährige Wiens ist eine Döblingerin

20. Juli (RK) Stadtrat Maria Jacobi besuchte heute nachmittag Frau Magdalena Pummer, die derzeit älteste Bewohnerin des 19. Bezirkes, um ihr zum morgigen 100. Geburtstag zu gratulieren. Die greise Jubilarin, wohnt seit vielen Jahren in der Döblinger Hauptstraße im Haushalt ihres Sohnes, eines pensionierten Lehrers und erfreut sich bester Gesundheit. Stadtrat Maria Jacobi überbrachte ihr mit einer Ehrengabe der Stadt Wien die Glückwünsche des Bürgermeisters und wünschte ihr noch viele zufriedenen Jahre im Kreise ihrer Familie. Im Namen der Döblinger Bevölkerung gratulierte Bezirksvorsteher Opfermann.

Frau Pummer wurde vor 100 Jahren in Wolkersdorf in Niederösterreich geboren. Ihr hohes Alter hindert sie nicht, täglich längere Spaziergänge durch Döbling zu unternehmen.

- - -

Karl Tschuppik zum Gedenken
=====

20. Juli (RK) Auf den 22. Juli fällt der 25. Todestag des Schriftstellers Karl Tschuppik. Am 26. Juli 1877 in Melnik, Böhmen, geboren, studierte er an den Technischen Hochschulen in Zürich und Prag, wandte sich aber schließlich dem journalistischen Beruf zu. Sein Eintritt in die Redaktion des "Frager Tagblattes" verlieh diesem ein besonderes Gepräge. Das Organ erlangte vor allem in den Jahren, in denen er Chefredakteur war, Weltgeltung. Nach dem Ende des ersten Weltkriegs übersiedelte er nach Wien, wo er als freier Schriftsteller lebte und im "Neuen Wiener Tagblatt" und im "Tag" zahlreiche Arbeiten veröffentlichte. Auch der Redaktion der pazifistischen Zeitschrift "Friede" gehörte er als Mitarbeiter an. Seine Artikel waren scharf pointiert, polemisch und wurden sehr respektiert. Berühmt waren seine Glossen. 1926 ging Tschuppik nach Berlin, wo er seine größeren historischen Arbeiten schrieb. 1928 erschien das umfangreiche Buch "Franz Josef I. Der Untergang eines Reiches", 1929 das besonders erfolgreiche Werk "Elisabeth, Kaiserin von Österreich", 1930 "Ludendorff, die Tragödie eines Fachmannes" und 1934 bereits im Emigrantenverlag Allert de Lange in Amsterdam "Maria Theresia". Seine Bücher sind außerordentlich einfallsreich, geben interessante Bilder der Zeit und der Menschen, suchen die tieferen gesellschaftlichen Zusammenhänge aufzudecken und haben viele Leser gefunden. Nach 1933 zog Tschuppik endgültig nach Wien. Hier entstand sein einziger Roman "Ein Sohn aus gutem Hause", der viel Autobiographisches enthält. Karl Tschuppik erlag einem Herzleiden. Auf eigenen Wunsch spielte an seinem Grab das Schrammel-Quartett Strohmayer das Lied "Erst wanns aus wird sein". Prominente Vertreter des "Concordia" sprachen, aber auch ein Vertreter der Heurigen-schenker ergriff das Wort.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kontrollamtsbericht 1961

Nun referiert Vizebürgermeister Slevik über den Kontrollamtsbericht 1961. Er verweist darauf, daß zum Unterschied vom Rechnungshofbericht der Bericht des Kontrollamtes aktuell ist. Der Kontrollamtsbericht unterscheidet sich auch dadurch, daß er keine Äußerungen des Magistrates aufweist. Wenn dem Kontrollamt etwas nicht paßt, schreibt es einen Bericht, der an die betreffende Abteilung geht. Der Bürgermeister gibt dann den Auftrag, innerhalb einer gestellten Frist zu antworten. Daher wird im Kontrollamtsbericht selbst meist auch schon das Resultat einer Beanstandung mitgeteilt.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1961 zeigte folgendes Bild. Im Budget waren Einnahmen von ungefähr 5,8 Milliarden Schilling und Ausgaben von ungefähr sechs Milliarden Schilling vorgesehen. Das Ergebnis brachte Einnahmen von 6,8 Milliarden und Ausgaben von 6,833 Milliarden Schilling. Der Abgang, der mit 175 Millionen Schilling angenommen war, betrug tatsächlich nur 33 Millionen, wird jedoch noch um 20 Millionen aus Zinserträgen vermindert, sodaß die Rücklagen nur um zehn Millionen geringer wurden. Der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben betrug also nur ein Sechstel Prozent. Wo haben wir noch eine Verwaltung, fragt der Vizebürgermeister, die so genau operiert? Aber dies ist eben das Ergebnis unserer ständigen Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Bei der Besprechung der Ausgabenentwicklung verweist der Vizebürgermeister auf das Bemühen, die Verwaltung möglichst wirtschaftlich und rationell zu führen und bei den Investitionen und der Wirtschaftspolitik zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung beizutragen.

Der Referent behandelt sodann die einzelnen Geschäftsgruppen. Als ein erfreuliches Zeichen der Entwicklung bezeichnet er es, daß die Zahl der Anträge auf Vorschüsse von 18.661 im Jahre 1953 auf 9.475, also fast die Hälfte, im Jahre 1960 zurückgegangen ist. Gleichzeitig konnten in dieser Abteilung acht Posten eingespart werden. Die Gewerbesteuer ist gegenüber dem Jahr zuvor um 67 Millionen gestiegen, die Lohnsummensteuer und die Vergnügungs-

steuer um je drei Millionen, die Getränkesteuer um 14 Millionen. Der Ausweis der Einnahmen zeigt, daß man mit der wirtschaftlichen Entwicklung zufrieden sein kann. Das Kontrollamt verweist auch auf das Bemühen, keine allzu großen Steuerrückstände aufkommen zu lassen. Wohl ist eine Steigerung von 21 Millionen eingetreten, doch sind die eigenen Betriebe mit 20 Millionen daran beteiligt, da ihnen die Gebrauchsgebühren gestundet wurden.

Auf dem Schulsektor konnten infolge der geringeren Schülerzahl Schulklassen aufgelassen werden, doch wird auf Grund der erfreulichen Zunahme der Geburtenzahl und Einführung des neunten Schuljahres der Schulraumbedarf größer werden.

In der Erwachsenenfürsorge ist die Zahl der dauerunterstützten Personen von mehr als 16.000 Personen im Jahre 1955 auf 8.544 Personen im Jahre 1961 zurückgegangen. Das ist kein Grund zur Trauer, darauf kann man vielmehr stolz sein, denn darin widerspiegelt sich die Auswirkung des ASVG und des GSPVG. Die Richtsätze konnten dagegen in dieser Zeit fünfmal erhöht werden. Die durch die Abnahme der Zahl der Betreuten eingesparten Beträge sind den Unterstützten wieder zur Verfügung gestellt worden.

Die Zahl der Pflegestunden in der Hauskrankenpflege hat sich von 29.200 im Jahre 1958 auf 61.500 im Jahre 1961 erhöht.

Seit 1951 konnte die Zahl der Tbc-Fürsorgestellen von 18 auf 14 vermindert werden. So erfreulich es ist, daß die Tuberkulose, die einmal Wiener Krankheit geheißen hat, zurückgedrängt werden konnte, so erschütternd ist es, daß auf der anderen Seite die Zahl der Trinkerheilstätten vermehrt werden muß.

Bei den Technischen Verkehrsangelegenheiten fällt die hohe Steigerungsquote von 117 Prozent bzw. 124 Prozent auf, die vor allem auf die verstärkte Anbringung von Verkehrsampeln zurückzuführen ist. In den kommenden Jahren wird mit einer noch weiteren Steigerung auf der Leistungsseite zu rechnen sein.

Bei den Bädern weist eine Sparte im Gegensatz zu allen anderen einen Rückgang in der Besucherzahl auf; es ist das Brausebad zweiter Klasse. Das ist einesteils darauf zurückzuführen, daß nunmehr der ersten Klasse der Vorzug gegeben wird, andererseits darauf, daß immer mehr Wohnungen über eigene Badegelegenheiten verfügen.

Nach einer kurzen Darstellung der Situation der Wiener Stadtwerke kommt Vizebürgermeister Slavik auf die Beteiligungen der Stadt Wien zu sprechen, von denen die Teerag-AG, die Vereinigten Baustoff- und Betonsteinwerke-AG, die Porzellanmanufaktur Augarten-AG, die Biomull-Ges.mbH., die Wiener Betriebs- und Bauges.mbH., die "Gesiba", die Kahlenberg-Ges.mbH., der Verlag für Jugend und Volk, die Kiba Ges.mbH. aktiv gebarten. Die Firma Odelga konnte zwar ihren Umsatz um nahezu 40 Prozent steigern, wies aber für 1960 trotzdem ein negatives Ergebnis aus. Bei den Wiener Fleischwerken ist der Produktionsrückgang durch einen größeren Betriebsumbau bedingt. Ebenfalls passiv gebarte die Wiener Öffentliche Küchenbetriebs-Ges.mbH. Die Getränkepreiserhöhungen wurden von der WÖK mitgemacht, von einer Preiserhöhung bei Speisen wurde jedoch abgeraten. Die Heilmittelwerke waren aktiv, allerdings dürfte sich die Entwicklung im heurigen Jahr durch die immer stärker werdenden Direktbelieferungen der Krankenanstalten nicht so günstig gestalten.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat im Geschäftsjahr 1960 einen Gewinn von mehr als 27 Millionen Schilling erzielt, der zur Gänze den Rücklagen zugeführt wurde.

Ebenfalls aktiv gebarte die Wiener Städtische Versicherung, bei der rund 116 Millionen Schilling an Gewinnanteilen den Versicherten ausbezahlt werden konnten. Aktiv schloß gleichfalls die Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien ab. Beim Fremdenverkehrsverband für Wien haben sich die Einnahmen aus der Ortstaxe neuerdings, und zwar auf 7.4 Millionen Schilling erhöht. Bei der Flughafen Wien-Betriebsgesellschaft wurde die Kontrolle gemeinsam mit dem Kontrollamt des Landes Niederösterreich durchgeführt. Es wurden Änderungen in der Geschäftsführung vorgenommen, und es ist zu hoffen, daß in Hinkunft ein besseres Ergebnis erzielt werden kann als bisher.

Abschließend stellt Vizebürgermeister Slavik den Antrag, den Bericht des Kontrollamtes zur Kenntnis zu nehmen.

./.

Debatte über den Kontrollamtsbericht

GR. Lauscher (KLS) verweist einleitend auf den im Kontrollamtsbericht aufgezeigten Rückgang der lesenden Kinder in den städtischen Büchereien. Er bezeichnet diese Feststellung als sehr bedauerlich und meint, die Büchereien müßten durch Auffrischung der Buchbestände die Kinder für das Buch interessieren. Er beschäftigt sich mit den steigenden Ausgaben in den städtischen Krankenhäusern und meint, die Gemeinde Wien könne nicht auf die Dauer die Hauptlast tragen. Er bemerkt hierzu, daß wir gegenwärtig Zeuge einer Verleumdungskampagne eines Teiles der Presse gegen die Krankenkassen sind. Diese Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten müssten entscheidend zurückgeschlagen werden. Zum Problem der Altersheime bemerkt er, daß immer häufiger Anträge um Aufnahme in die städtischen Altersheime nicht berücksichtigt werden können. Auch die Hauskrankenpflege müßte großzügiger ausgebaut werden. Beachtenswert findet er auch die Wahrnehmungen des Kontrollamtes auf dem Gebiet des Bauwesens. Sie zeigen, sagt er, daß in Wien nicht rascher und billiger, sondern langsamer und kostspieliger gebaut wird. Die Bauunternehmen versuchen die Konjunktur durch Steigerung ihrer Profite maßlos auszunützen. Seiner Meinung nach wäre es ohne weiteres möglich, Aufträge an diese Preistreiber einzustellen. Die Gemeinde Wien hätte schon früher mit der Fertigteilbauweise beginnen sollen. Abschließend begrüßt er den Vorschlag, in größere städtische Wohnhausanlagen mit mehr als 100 Wohnungen Zentralheizungsanlagen einzubauen und regt an, die städtischen Wohnhausanlagen dem neuzeitlichen Standard anzugleichen. Den Kontrollamtsbericht nimmt die KLS-Fraktion zur Kenntnis.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) vergleicht die vorliegenden Berichte der beiden Kontrollorgane. Den Bericht des Rechnungshofes bezeichnet er als Wahrnehmungen eines unabhängigen Kontrollorganes, wogegen der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien nur als eine Arbeit eines weisungsgebundenen Organes anzusehen ist. Es soll kein Vorwurf gegen die Beamten des Kontrollamtes sein, sagt er, denn sie dürfen anscheinend nicht das sagen, was sie möchten. Er würde es begrüßen, das Kontrollamt als unabhängiges Organ dem Landtag zu unterstellen und somit den Weisungen des Bürgermeisters zu entziehen. Die FPÖ-Fraktion wird den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

GR. Hahn (ÖVP) stellt mit Befriedigung fest, daß der Personalstand eine Senkung erfahren hat, befürchtet aber, daß auch die Qualität sinkt. Es erhebt sich die Frage, ob in Zukunft genügend hochqualifizierte Kräfte zur Verfügung stehen werden, wenn man ihnen nur die Aussicht auf einen verhältnismäßig hohen Endbezug bietet. Es müßte einmal das Gehaltsschema geändert werden, denn entscheidend ist heute der Anfangs- und Durchschnittsbezug und nicht der Endbezug. Bedauerlich ist es, daß die Liquidierung der Bezüge noch nicht automatisiert ist. Immer komplizierter wird auch das Zulagensystem, und es wäre interessant, wie viele Beamte heute nur mehr auf den Grundgehalt angewiesen sind und wie viele Zulagen empfangen.

So wünschenswert eine moderne Ausstattung von Wohnungen ist, sind doch die Zinse für Wohnungen mit Zentralheizung für einen Großteil der Bevölkerung unerschwinglich. Man sollte daher den Bau solcher Wohnungen mit Zentralheizung in erster Linie Genossenschaften und gemeinnützigen Vereinigungen überlassen, um die Stadtverwaltung nicht in den Ruf zu bringen, überwiegend nur mehr zinsteure Wohnungen zu bauen, wodurch dann die Notstandsfälle überhaupt nicht mehr gelöst werden könnten.

Bedauerlich ist es, daß im Jahre 1961 nur 3.220 Wohnungen zu bauen begonnen wurden. Das heißt, daß die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien geringer wird. Auch die Baudauer wird - infolge der herrschenden Konjunktur - immer länger. Der Arbeiterstand bei den städtischen Wohnhausbauten ist neuerlich gefallen. Die Sozialisten greifen bei jeder Gelegenheit den Bundeskanzler und die Volkspartei an, daß die in der Regierungserklärung einmal versprochenen 50.000 Wohnungen pro Jahr nicht gebaut werden. Es sei eine Demagogie, vom Bund und der ÖVP immer wieder eine Ausweitung des Wohnbauvolumens zu verlangen, wenn die Gemeinde Wien, die sicherlich Mittel dazu hat, nicht in der Lage ist, ihr Bauvolumen zu erhalten, geschweigedenn zu erweitern. (Stadtrat Heller: Sie haben nur von den begonnenen Wohnungen gesprochen, sprechen Sie auch von den fertigwerdenden Wohnungen! Sie haben den Überhang vergessen.) Sie müssen doch zugeben, daß Bauten, die schon im September hätten fertig werden sollen, erst jetzt fertig werden. Das ist ein Überhang von neun Monaten. (GR. Jodlbauer:

Wenn der Bund einen Überhang hat wie wir, dann können Sie reden!) Auch bei der Wiener Wohnbauaktion seien zahlreiche Projekte, die 1961 bewilligt wurden, erst wesentlich später zu bauen begonnen worden. Eines sei sicher: Die Fortsetzung der neuen Wiener Wohnbauaktion, die seinerzeit groß angekündigt wurde, ist heute noch nicht gegeben. Aber vielleicht werde es bis zu den Wahlen soweit sein. (Heiterkeit.) Für den überwiegenden Teil der Wohnungswerber ist die neue Wiener Wohnbauaktion, auf die sich bereits einige bekannte Realitätenhändler spezialisiert haben, bei den aktuellen Preisen sowieso uninteressant.

Bei den Grundtransaktionen ergeben sich gegenüber dem Voranschlag Abweichungen in der Höhe von 159 Millionen. Schon 1960 wurden die für Grundkäufe vorgesehenen Ausgaben um 140 Millionen überschritten. Hier sollte der Gemeinderat einmal wirklich halbwegs richtige Zahlen beschließen.

GR. Hahn beschäftigt sich dann mit den Lohnverhältnissen bei der Gewista und meint, daß dort sehr lange über die Gehaltsforderungen des Personals verhandelt wurde. Eine Privatfirma hätte wahrscheinlich die Wünsche der Angestellten längst positiv erledigt. Zum Bericht über die in Aussicht gestellten Rationalisierungsmaßnahmen der Städtischen Bestattung spricht er sich entschieden gegen die Schaffung einer zentralen Anmeldestelle aus. Er beschäftigt sich dann mit den Vereinigten Baustoff- und Betonsteinwerken, mit den Wiener Fleischwerken, der WÖK, der Montagebau-Ges.mBH sowie der Stadthalle. Er findet es als sehr merkwürdig, daß die Werbeflächen im Stadion von der Gewista an eine der Sozialistischen Partei nahestehende Firma übertragen werden soll.

Abschließend stellt er fest, daß die Beamten des Kontrollamtes den Weisungen des Bürgermeisters unterliegen und erinnert daran, daß seine Fraktion sich seit längerer Zeit für die Unabhängigkeit des Kontrollamtes einsetze. Die ÖVP wird dem Bericht des Kontrollamtes zustimmen.

GR. Schreiner (SPÖ) stellt fest, daß der Bericht eine Fülle von Wahrnehmungen beinhaltet, die den Gemeinderäten eine willkommene Möglichkeit bieten, ihre Tätigkeit kritisch zu überblicken.

Nach einem historischen Rückblick über die Entwicklung des Kontrollamtes erklärte er mit Nachdruck, daß nach der Geschäftsordnung das Kontrollamt der Stadt Wien ein unabhängiges Organ sei, das unmittelbar dem Gemeinderat und dem Bürgermeister unterstellt ist. Dieses Amt hat alle Verfassungsreformen, ja sogar das Tausendjährige Reich heil überstanden. Die Mehrzahl seiner Wehrnehmungen haben ihre Ursachen in der Unzulänglichkeit der menschlichen Natur. Wo gearbeitet wird, können auch Fehler passieren. Naturgemäß gehört es zu den primären Verpflichtungen eines Kontrollorganes, die negativen Erscheinungen aufzuzählen. Ein Studium des Kontrollamtsberichtes beweist, daß dieses Amt gute Arbeit geleistet hat. Es hat aber nicht nur auf die Fehler hingewiesen, sondern war auch bemüht, Wege zu zeigen, wie Mängel behoben werden können. Ohne auf die vielen Details einzugehen, greift der Redner einige der wesentlichsten Kapitel des Berichtes auf.

Über Anregung des Kontrollamtes sind Vereinfachungen und Rationalisierungen wirksam geworden, die unsere Verwaltungstätigkeit tatsächlich wirtschaftlicher gestaltet haben. Es erfolgte die Einführung des Lochkartensystems in der Gehaltsverrechnung, es kam zur Verwendung modernster technischer Hilfsmittel in der bürokratischen Arbeit, und diese sind uns mit einer Hilfe auf dem Wege zur Verwaltungsvereinfachung und zur Verbilligung des Personalaufwandes.

Erfreulich ist der Hinweis im Bericht, daß die Anträge auf Vorschüsse von seiten der Gemeindebediensteten stark zurückgegangen sind, zeigt sich doch darin die Sicherheit der materiellen Existenz unserer Angestellten.

Wenn der Investitionsaufwand allein gegenüber dem Vorjahr wieder um 13.99 Prozent und wertmäßig um 7.75 Prozent gewachsen ist, wenn die gesamten Bauausgaben der Hoheitsverwaltung und der Betriebsverwaltung den gigantischen Betrag von fast zwei Milliarden ausmachten, dann zeigt sich in diesen imponierenden Summen, die die Stadt Wien in die Wirtschaft fließen läßt, wie sehr ihre Verwaltung zur Erhaltung der Vollbeschäftigung beiträgt.

Die Erhöhung der Gesamtbaukosten pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche in den letzten beiden Jahren von 2.085 auf 2.482 Schilling läßt sich nicht allein durch die Lohn- und Materialpreise

erklären, sie hat auch ihre Rechtfertigung nicht ausschließlich in der besseren Ausgestaltung der Wohnungen, sondern hier wirken sich sehr deutlich die Konjunkturpreise aus. Diese Situation kennzeichnet sich schon in der geringen Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen. Bei der Fülle von Bauwilligen, kann sich der Baumeister heute den Bauherrn eben aussuchen. Es wird aber auf die Dauer nicht möglich sein, in unserer Stadt ohne Koordinierung auf dem Bausektor und ohne Reihung der Bauvorhaben nach ihrer Dringlichkeit auszukommen, wenn wir nicht schwere wirtschaftliche Verluste erleiden wollen.

Der Bericht zeigt in einer Zusammenstellung der Einnahmen auf, daß das Steueraufkommen unserer Bevölkerung in einem ständigen Wachsen begriffen ist. Bedauerlicherweise fällt darunter auch die Tatsache, daß die Getränkesteuer 1961 um 14,9 Millionen Schilling mehr erbrachte, als im Jahr zuvor. Es sollten alle Bemühungen darauf gerichtet werden, diesem dauernd ansteigenden Alkoholkonsum Einhalt zu gebieten, denn es müßte zu denken geben, daß die Beträge, die durch die Getränkesteuer hereinkommen, vielfach wieder für Zwecke der Krankenanstalten und der Fürsorge hinausfließen.

Der vorliegende Bericht des Kontrollamtes ist nicht nur der Nachweis einer geglückten demokratischen Selbstkontrolle mit positiven Ergebnissen, sondern auch gleichzeitig ein stolzer Rückblick auf die Arbeit des vergangenen Jahres. Die sozialistische Fraktion wird ihn daher gerne zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Schmidt (FPÖ): Kollege Schreiner hat meine Behauptung, daß das Kontrollamt der Gemeinde Wien weisungsgebunden ist, bestritten. Unbestritten ist aber sicherlich, daß das Kontrollamt mit Beamten und Angestellten der Stadt Wien besetzt ist. Paragraph 92 der Gemeindeverfassung, der den Wirkungsbereich des Bürgermeisters umschreibt, legt nun ausdrücklich fest, daß dem Bürgermeister die Amtsführenden Stadträte, die Bezirksvorsteher, sämtliche Beamte und sonstigen Angestellten der Gemeinde sowie ihrer Anstalten untergeordnet sind und sich seinen Weisungen unter seiner Verantwortung zu fügen haben. Für die Beamten des Kontrollamtes ist keine Ausnahme vorgesehen.

./.

Ein Tag der Kritik, Besinnung und Nutzenanwendung

Vizebürgermeister Slavik geht in seinem Schlußwort zunächst auf die Ausführungen des letzten Redners ein und verweist darauf, daß die Gemeindeverfassung bestimmt, daß der Kontrollamtsdirektor der Verstand dieses Amtes ist; damit ist ihm das zugeteilte Personal unmittelbar unterstellt. Der Direktor wird unmittelbar vom Gemeinderat gewählt und ist ihm direkt verantwortlich. Es gibt keinen Bürgermeister oder sonst jemanden in dieser Stadt, der dem Kontrollamtsdirektor eine Weisung erteilen könnte.

Auf die in der Debatte zum Kontrollamtsbericht aufgeworfenen Fragen eingehend, erklärt Vizebürgermeister Slavik, daß es nicht nur ein ständiges Bemühen der Gemeinde Wien, sondern aller Krankenanstaltenerhalter ist, zu einer anderen Organisation und zu höheren Zuschüssen zu kommen.

Wenn die Erhöhung der Tarife und der Gebühren kritisiert wurde, dann soll nicht vergessen werden, daß die Gemeindeverwaltung gegenüber der Wiener Bevölkerung Leistungen zu erbringen hat und daß sie bestrebt ist, die Investitionstätigkeit aufrecht zu erhalten. Es kann daher niemand sagen, daß sie den Wienern das Geld aus der Tasche zieht. Die Frage der Zentralheizungen wird immer aktueller, und sicherlich wird es nicht mehr allzu lange dauern, und es werden nur mehr Wohnungen mit Zentralheizung gebaut werden.

Das Gehaltsschema ist ununterbrochen in Bewegung. Wir müssen aber in Übereinstimmung mit dem Bund und den anderen Gemeinden vorgehen.

Die Automatisierung der Gehaltsverrechnung ist bei den Pensionen und bei den Wassergebühren bereits durchgeführt. Die Spitalsgebühren werden überprüft. Bei den Gehältern sind wir jedoch noch nicht soweit; das Problem sind unsere 800 variablen Zulagen.

Was den Wohnungsbau betrifft, so sind 20.000 Gemeindewohnungen in unserem Programm versprochen worden, und die werden auch sicher fertig, davon können Sie überzeugt sein.

Bei den Grundankäufen wollen wir nicht die Preise in die Höhe treiben und haben daher diese Post vorsichtig dotiert.

Abschließend erklärte Vizebürgermeister Slavik, der Gemeinderat habe heute zwei wichtige Dinge erledigen können. Es war ein

Tag der Kritik, der Überprüfung und der Besinnung für unsere Arbeit. Er glaube, man müsse die richtige Nutzenanwendung daraus ziehen. Der Referent dankte dem Kontrollamt für seine Arbeit und sprach gleichzeitig den Wunsch aus, daß die Anregungen auch dazu führen werden, daß wir unsere Verwaltungsarbeit weiter verbessern können.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Kontrollamtes mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und KLS zur Kenntnis genommen.

Richtigstellung
=====

Auf Blatt 1597 soll der erste Satz zu Beginn der Rechnungshofdebatte richtig lauten: "GR. Lauscher (KLS) erklärt, seine Fraktion stimme nicht in allen Punkten mit dem Bericht überein, allerdings auch nicht mit den Gegenäußerungen des Wiener Stadtsenates."

Hierauf berichtet GR. Noral Hiltl (ÖVP) über die Errichtung eines vierklassigen Schulpavillions in der Eßlinger Hauptstraße 97.

GR. Hausner (KLS) bemängelt, daß die Genehmigung des Gemeinderates erst jetzt eingeholt wird, da der Bau kurz vor seiner Fertigstellung steht, und meint, daß man sich entschließen sollte, überhaupt eine neue Schule dort zu bauen, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.

In ihrem Schlußwort begründet die Referentin, warum mit der Ausführung des Projekts nicht bis zur Beschlußfassung durch den Gemeinderat zugewartet werden konnte.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Über die Vorlage, womit die Gemeinde Wien zum Rechtsträger der medizinisch-technischen Fachschulen am Allgemeinen Krankenhaus bestellt und das Schulgeld mit 1800 Schilling jährlich fixiert wird, referiert Stadtrat Dr. Glück (ÖVP).

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verweist darauf, daß die Schule im November geschlossen werden mußte und begrüßt es, daß mit der Bestellung der Gemeinde Wien zum Rechtsträger eine unerfreuliche Episode abgeschlossen worden ist. Gleichzeitig setzt er sich dafür ein, den Bediensteten in die sen gehobenen medizinisch-technischen Diensten ebenso wie im Krankenpflegedienst die Verwendungsgruppe B

zuzusprechen, da sich sonst die künftigen Absolventen dieser Schule Dienstgeber suchen würden, die sie besser bezahlen.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) gab ihrer Freude darüber Ausdruck, daß mit dem heutigen Antrag die Situation des Personals im medizinisch-technischen Dienst geregelt wird und dankt dem Berichterstatter für seine Initiative. Sie verweist auf den außerordentlich umfangreichen Lehrplan dieser Fachschulen, der an die Schüler sehr hohe Ansprüche stellt und auf die Tatsache, daß derzeit 295 Posten für medizinisch-technische Assistentinnen im Dienstplan vorgesehen sind. Sie bedauert, daß dieses Personal nicht in die Besoldungsgruppe B eingereiht ist, wie es bereits in manchen Bundesländern der Fall ist. Bei dem großen Angebot von auswärts besteht die große Gefahr der Abwanderung zu anderen Dienstgebern. Sie stellt einen Beschlußantrag betreffend die Einstufung der Absolventen der medizinisch-technischen Fachschulen in die Besoldungsgruppe B.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) stellt an die Spitze seiner Ausführungen die Fragen, ob diese Schulen zweckmäßig sind und ob die Gemeinde Wien dazu berufen ist, solche Schulen zu unterhalten. Noch vor 60 Jahren, sagte er, war der medizinisch-technische Beruf nicht bekannt. Er wurde von Krankenschwestern ausgeübt, die in den Spitälern für diese Fächer ausgebildet wurden. Er gibt zu bedenken, ob es zweckmäßig ist, den Leiter dieser Schulen als einen wissenschaftlichen Leiter zu bezeichnen und macht darauf aufmerksam, daß die einzelnen Schulen manche Gegenstände gemeinsam haben werden. Er verweist dann noch darauf, wie sehr sich die medizinische Struktur in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat. Vor 50 Jahren gab es in Wien für zwei Millionen Einwohner 3.000 Ärzte, 160 Apotheker und 1.803 Hebammen. Gegenwärtig sind es 5.500 Ärzte, 800 Apotheker und nur 93 Hebammen, von denen lediglich elf freiberuflich tätig sind. Abschließend gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die 320 Menschen in den medizinisch-technischen Schulen des Allgemeinen Krankenhauses ein Diplom erwerben werden, das sie in Ehre behalten und zur Verbesserung der Spitalspflege beitragen werden. In der Überzeugung, daß die Fachschule notwendig ist und daß sich kein Erhalter für diese Schule gefunden hat, erklärt er, wird die SPÖ-Fraktion der Errichtung dieser Ausbildungsstätte zustimmen.

Stadtrat Dr. Glück dankt im Schlußwort den Debatterednern für ihre interessanten Ausführungen. Die Ausbildung der medizinisch-technischen Fachkräfte, sagt er, ist für das gesamte Gesundheitswesen von großer Bedeutung. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen. Der von GR. Nora Hiltl vorgebrachte Resolutionsantrag wurde gleichfalls einstimmig den Gemeinderatsausschüssen I und V zugewiesen.

"Grüne Welle" am Gürtel

Berichterstatte Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) erläutert den Antrag der Magistratsabteilung 46, auf Genehmigung zur Errichtung einer "Grünen Welle" im Bereich der Gürtelstraße und auf Vergabe der notwendigen Aufträge an die Firma Siemens & Halske dahin, daß vom Uhlplatz zum Lichtenwerder Platz eine Koordinierung der dort schon befindlichen Verkehrseinrichtungen stattfinden und die Errichtung zweier neuer Anlagen, und zwar an der Kreuzung der äußeren Gürtelstraße mit der Kreuzgasse sowie der inneren Gürtelstraße mit der Severingasse, erfolgen soll. Sinn der "Grünen Welle" ist, daß der gesamte Bereich bei Einhaltung einer gewissen Geschwindigkeit so durchfahren werden kann, daß die Fahrzeuge an allen geregelten Kreuzungspunkten "freie Fahrt" vorfinden. Die Geschwindigkeiten, die mit 35, 40 und 45 km/h vorgesehen sind, werden für den Fahrer durch eigene Lichtsignale kenntlich gemacht. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Millionen Schilling.

GR. Sailer (SPÖ) führt aus, daß mit der Annahme dieses Antrages alte Wünsche der Wiener Verkehrsteilnehmer, aber auch alte Absichten der Wiener Verkehrsplaner Erfüllung finden. Unter Hinweis darauf, daß auf Grund von Schwierigkeiten, die sich durch die stadtauswärts liegende Haltestelle der Linie 46 ergeben, in dieser Planung noch nicht die Fortsetzung über die Thaliastraße hinaus vorgesehen werden konnte, fragt der Redner an, wie weit die Stationsaufenthalte der Straßenbahn in dieses Programm eingefügt werden können. Weiter interessiert er sich dafür, ob man den wahren Ampelwald nicht zum Teil auflassen und mit weniger Signalen das Auslangen finden könnte.

Die Sozialisten werden dem Antrag die Zustimmung geben.
(Beifall bei der SPÖ.)

Berichterstatter Stadtrat Lakowitsch verweist in seinem Schlußwort darauf, daß man mit Absicht diese Strecke ausgewählt habe, weil sie zwischen Jörgerstraße und Lichtenwerder Platz eine verhältnismäßig geringe Frequenz aufweist und man mit der "Grünen Welle" noch Erfahrungen sammeln müsse. Alle diese Planungen erfolgen einvernehmlich mit den betroffenen Stellen, wie der Verkehrspolizei, den Verkehrsbetrieben, den Interessenvertretungen, den Bezirksvertretungen usw.

Die Straßenbahn behindert ihrerseits die Einführung von automatischen Regelungen; sie wird aber durch automatisch geregelte Lichtsignalanlagen selbst ebenfalls behindert. Hier den richtigen Weg zu finden, ist Aufgabe der Techniker. Die Vielzahl von Ampeln ist hauptsächlich durch die komplizierten Verhältnisse an verschiedenen Straßenkreuzungen notwendig geworden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Den Bericht über die Errichtung einer Sportanlage in Favoriten, Gußriegelstraße-Nothnagelplatz, erstattet GR. Planek (SPÖ).

GR. Mann (SPÖ) hebt hervor, daß Favoriten mit der Errichtung dieser Sportanlage einen der modernsten Sportplätze Wiens haben wird und daß damit der Sportplatz-Misere abgeholfen wird. Gleichzeitig regt er an, der Favoritner Jugend durch Errichtung einer Kunsteisbahn entgegenzukommen. Schließlich bittet er, dem Schulsport mehr Beachtung zu schenken, weil dadurch die Gesundheit der Kinder geschützt wird. Vor Jahrzehnten sagte schon Professor Tandler: Baut unserer Jugend Spiel- und Sportplätze, Ihr erspart damit den Bau von Spitälern! (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Bei dem von der GR. Hella Hanzlik (SPÖ) vertretenen Antrag auf Neubau eines Kindergartens in Aspern, Benjowskigasse, wirft GR. Hausner (KLS) die Frage auf, ob der neue Kindergarten zusätzlich zu dem schon bestehenden geschaffen werden soll. Nachdem die Referentin die Versicherung abgegeben hat, daß der alte Kindergarten solange in Betrieb bleiben soll, als er beansprucht wird, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) legt sodann den Antrag auf grundsätzliche Genehmigung des Neubaues der Krankenanstalt Rudolfstiftung vor. Wie er ausführt, war die vor 100 Jahren errichtete Krankenanstalt für die damalige Zeit ausgesprochen modern und zweckmäßig, sie entspricht aber heute in vielen Belangen nicht mehr den neuzeitlichen Erfordernissen. Untersuchungen haben ergeben, daß ein Neubau in betrieblicher und funktioneller Hinsicht besser ist als eine Generalsanierung. Auch die Kosten sind bei einem Neubau billiger.

GR. Ing. Lust (ÖVP) hebt die Bedeutung von Schwerpunkt-Krankenhäusern hervor, um erkrankte Menschen auf kürzestem Weg in das Spital einzuliefern und verweist auf den großen Nachholbedarf auf dem Krankenhaussektor. Dem Antrag auf Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung, der der Initiative des Stadtrates Dr. Glück und des Vizebürgermeisters Slavik als Finanzreferent zu verdanken ist, sind lange Voruntersuchungen vorangegangen. (Stadtrat Heller: Ein wenig habe ich schon mittun dürfen!) Doch wäre es im Hinblick auf die sehr hohen Baukosten von fast 400 Millionen wünschenswert gewesen, rechtzeitig einen Wettbewerb auszuschreiben.

Es ist erfreulich, daß man davon abgekommen ist, veraltete Zweckbauten, speziell Spitalsbauten, umzubauen, da sie dem heutigen modernen Funktionsprogramm nicht entsprechen können.

Es darf aber auch auf die konfessionellen, caritativen und privaten Krankenhäuser nicht vergessen werden. Jeder Wegfall eines solchen Krankenhauses zwingt die Gemeindeverwaltung zu einem Neubau, der weit größere Kosten verursacht als die Subventionen.

GR. Frieda Nödl (SPÖ) sagt, mit diesem Beschluß beginnt eine neue Epoche in der Versorgung der kranken Menschen unserer Stadt. Es ist sehr erfreulich, daß nun die Assanierung der alten Wiener Spitäler durchgeführt werden kann. Die Rednerin warnt jedoch vor einem Architektenwettbewerb und verweist dabei auf das Beispiel des Allgemeinen Krankenhauses. Wir wollen ein neues Spital haben, aber keinen Wettbewerb von streitenden Architekten.

Stadtrat Dr. Glück dankt im Schlußwort den Debattenrednern für ihre positiven Stellungnahmen. Er betont, daß bei der Vorbereitung des Spitalbaues rasche und gründliche Vorarbeit geleistet wurde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen. (bei Stimmenthaltung von GR. Dr. Gisel, SPÖ).

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) referiert sodann den Antrag auf bauliche Herstellungen im Allgemeinen Krankenhaus und die Schaffung einer neurochirurgischen und einer urologischen Universitätsklinik sowie die Adaptierungen in der I. Chirurgischen Universitätsklinik des Allgemeinen Krankenhauses. Bei den baulichen Herstellungen handelt es sich um eine Überschreitung der derzeitigen Ansätze um 3,1 Millionen Schilling, beim Bau der Kliniken um eine Summe von 12,6 Millionen Schilling.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) erklärt in der Debatte, daß es sich im Zusammenhang mit diesen Bauausführungen zugleich um eine Umorganisierung der I. Chirurgischen Universitätsklinik handelt. Für die Patienten und das Pflegepersonal werden dadurch beträchtliche Vorteile geschaffen. Seiner Ansicht nach handelt es sich hier um einen Nachholbedarf zum internationalen Standard. Die Abteilung für chirurgische Harnerkrankungen wird mit einem verhältnismäßig geringem Aufwand entstehen. Schwieriger wird es dagegen im Trakt für Hals- und Nasenkrankheiten sein. Abschließend regt er an, die drei neuen Klinikvorstände mögen dafür sorgen, bessere Beziehungen zu den anderen Krankenhäusern herzustellen und nicht isoliert zu bleiben.

Stadtrat Dr. Glück schließt sich in seinem Schlußwort den Ausführungen seines Vorredners an und setzt sich gleichfalls für eine enge Zusammenarbeit der städtischen Spitäler mit den Universitätskliniken ein. Er sei der Ansicht, daß in dieser Hinsicht schon viel erreicht wurde. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes in Lichtental

Berichterstatter GR. Pfösch (SPÖ) verweist auf die außerordentlich dichte Verbauung - 500 Einwohner auf einem Hektar -, die unregelmäßige Verbauung, die Durchmischung von Wohnstätten mit Arbeitsstätten, auf das Fehlen öffentlicher Einrichtungen, auf den Mangel an Grünflächen und eines nahen Erholungsgebietes sowie auf die außerordentlich tiefe Lage dieses Gebietes und erklärt, daß mit dem vorliegenden Antrag diese Unzulänglichkeiten behoben werden sollen. Das Projekt, das unter anderem ein Kinder-

freibad, einen Kindergarten sowie eigene Stützpunkte für die Gewerbetreibenden vorsieht, soll stufenweise verwirklicht werden. Die Kirche und das Gebiet um die Kirche, das größtenteils erhalten bleibt, sollen auch weiterhin den Mittelpunkt abgeben.

GR. Planek (SPÖ) erinnert an das alte Wappen dieses Gebietes mit dem Tal, den ansteigenden Hügeln, den Hängen und der leuchtenden Sonne und erklärt, daß dieses "lichte Tal" wiederum erstehen soll. Mit der Annahme des vorliegenden Antrages wird jedoch lediglich verhindert werden können, daß jeder nach seinem Gutdünken bauen kann. Die Frage aber, ob und wann gebaut wird, hängt von anderen Faktoren ab. Es geht um eine sinnvolle, zeitgemäße Synthese von Eigeninteressen und allgemeinen Interessen, und eine solche Synthese müßte in Gesetzesform gefunden werden. Ähnlich, wie sich im 18. Jahrhundert eine Bruderschaft zusammenschlossen hat, um in Lichtental die Kirche zu errichten, müßten sich heute die beiden großen Parteien im Nationalrat zusammenfinden, um das zu beschließen, was wir dringend brauchen: ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz. (Beifall bei der SPÖ.)

Berichterstatter GR. Pfösch zeigt in seinem Schlußwort als ungelöste Probleme auf, daß bei der Assanierung dieses Gebietes die Frage des Standortes der Markthalle keine Lösung erfahren hat, daß für die unfallsreichste Kreuzung von Wien - Liechtensteinstraße-Alserbachstraße - keine Projektierung erfolgen konnte, die baureif wäre, und daß das große Areal des Liechtensteinparkes der Bevölkerung der umliegenden Gebiete noch immer verschlossen ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Noch keine Entscheidung über Gondelbahn

Nach Schluß der Tagesordnung begründet GR. Dr. Fiedler (ÖVP) seinen Antrag auf Besprechung der dringlichen Anfrage an den Bürgermeister, betreffend das Projekt einer Gondelbahn von Grinzing auf den Kahlenberg und Leopoldsberg.

In der Anfrage wird festgestellt, daß die Nachrichten über das Projekt in der Öffentlichkeit heftige Diskussionen ausgelöst haben und daß die Gefahr besteht, daß diese Gegend durch den Bau einer Gondelbahn und durch die Errichtung von "Attraktionen" - riesiger Heurigenbetrieb im spanischen Stil" auf dem Leopolds-

berg - zu einem Rummelplatz würde. Die Fragesteller Dr. Fiedler, Dr. Hengl und Genossen richten an den Bürgermeister die Anfrage, ob es stimmt, daß einzelne Stellen des Magistrats bereits die Zustimmung zum geplanten Bau einer Gondelbahn von Grinzing auf den Leopoldsberg gegeben haben und ob er, falls einige Stellen des Magistrates eine negative Stellungnahme abgeben, von seinem Weisungsrecht Gebrauch zu machen beabsichtigt, um damit doch die Zustimmung der Gemeinde zu geben.

Bei der Abstimmung wird sowohl dieser, als auch der von der FPÖ-Fraktion zu diesem Gegenstand eingebrachten Anfrage einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

Als erster Diskussionsreder führt GR. Dr. Fiedler aus, daß das nunmehrige Projekt noch mehr abzulehnen ist, als jenes Projekt, das bereits vor eineinhalb Jahren auf Ablehnung stieß. Durch das nunmehrige Projekt würde das Landschaftsbild durch 30 Meter hohe Stützen "verziert" werden. Aus Gründen des Landschaftsschutzes muß man auf das energischste gegen eine solche Verschandelung Stellung nehmen. Auch sämtliche bis zur Einbringung der Anfrage vorgelegenen Pressestimmen waren negativ. Der Kahlenbergverein stellt sich auch ganz entschieden gegen das Projekt und kündigt an, es gemeinsam mit dem Naturschutzbund zu bekämpfen und die Öffentlichkeit dagegen auf den Plan zu rufen. Bei dem Projekt über das in der Öffentlichkeit nur negativ geurteilt wurde, können keine politischen Überlegungen mitsprechen, es kann auch keineswegs irgendein höheres Interesse ins Treffen geführt werden. Es geht nun darum, einen nicht abzuschenden Schaden für Wien, seine Bevölkerung und die Besucher unserer Stadt abzuwenden. Deshalb können sich die Mitglieder des Wiener Gemeinderates als die gewählten Repräsentanten unserer Stadt nur gegen die Errichtung einer Gondelbahn auf den Kahlenberg und Leopoldsberg aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) kritisiert zunächst, daß die Gemeinderäte erst aus den Zeitungen erfahren, was hier geplant wird. Es ist merkwürdig, sagt er, daß Vorbereitungen für so eine "Attraktion" in die Wege geleitet werden, obwohl man bei jeder Gelegenheit das Bekenntnis zur Wahrung des historischen Stadtbildes und des Landschaftsbildes der Wiener Umgebung hört. Die Wiener Bevölkerung dürfte in ihrer übergroßen Mehrheit gegen solche

"Attraktionen" eingestellt sein. Es sei doch ein Unterschied, ob man auf einen hohen Gebirgszug oder auf die Wiener Hausberge eine Seilbahn führt. Wenn man so ein Projekt in die Wege leitet, müßte man zumindest die Meinung der Wiener Bevölkerung eruieren. Es gibt einen Fingerzeig dafür, dem schon seinerzeit hat die Bezirksvertretung des 19. Bezirkes einstimmig ein ähnliches Vorhaben abgelehnt. Inzwischen scheinen die geschäftstüchtigen Initiatoren weitere Fortschritte gemacht zu haben. Wie einer heutigen Zeitungsmeldung zu entnehmen ist, sind schon die Einzelheiten festgelegt und man befaßt sich schon ganz konkret mit **diesen** Plänen - nur der Wiener Gemeinderat erfährt nichts davon. Wir sind der Meinung, daß der Gemeinderat und die Bevölkerung zunächst einmal gefragt werden sollten, wenn so einschneidende Dinge geplant werden. Wir Freiheitlichen sprechen uns gegen solche Vorhaben aus und richten an den Amtsführenden Stadtrat die Anfrage, ob er bereit ist, den ihm unterstellten Magistratsabteilungen den Auftrag zu geben, dieses Projekt abzuweisen.

GR. Hausner (KLS) führt aus: Wenn wir den Wienerwald als Erholungsgebiet erhalten wollen, dann dürfen wir nicht nur den Kampf gegen die wilden Siedler führen, sondern müssen alles vermeiden, was dieses Gebiet als Erholungsgebiet stören könnte. Deshalb darf die Stadtverwaltung keine Genehmigung für die Gondelbahn geben.

Vizebürgermeister Slavik, der sich bereit erklärt hat, in Vertretung des Bürgermeisters Anfrage und Antrag selbst zu beantworten, stellt fest, daß bei der Gemeinde Wien nichts eingereicht worden ist. Die Konzession haben nicht wir zu vergeben. Ein Ansuchen liegt vielmehr beim Verkehrsministerium vor. Das Ministerium fragt nun beim Magistrat wegen der Konzessionsverleihung an. Es geht also darum, was sagt der Magistrat dem Ministerium zu dem Ansuchen.

Das erste Ansuchen wurde schon vor Jahren vom Magistrat abgelehnt. Auf das neuerliche Ansuchen wurde nun die Stadt Wien wegen der Konzession befragt. Hier sieht die Stellungnahme insofern anders aus, als einigen seinerzeit von der Stadt Wien vorgebrachten Einwänden entsprochen wurde.

Aber nur wenn alle Voraussetzungen erfüllt werden, kann gegen die Konzessionsverleihung kein ernsthafter Einwand erhoben werden. Doch selbst dann muß das Projekt durch den Gemeinderat gehen.

Wir sind aber heute nicht berechtigt, jemandem zu sagen, er darf überhaupt nichts einreichen.

Zusammenfassend erklärt Vizebürgermeister Slavik, man müsse abwarten, bis das Ansuchen eingelangt ist, das dann den Magistratsabteilungen zur Stellungnahme übergeben werden wird. Von einem Weisungsrecht wird der Bürgermeister nicht Gebrauch machen. Solange wir das Projekt nicht kennen, solange werden wir weder ja noch nein sagen!

Damit ist die letzte Sitzung des Wiener Gemeinderates vor den Sommerferien nach mehr als elfstündigen Beratungen an ihrem Ende angelangt. Der Vorsitzende, Gemeinderat Fürstenhofer, teilt mit, daß unaufschiebbare Verfügungen vom Stadtsenat oder vom Bürgermeister selbst getroffen werden, wobei selbstverständlich die nachträgliche Zustimmung des Gemeinderates eingeholt werden wird. Im Auftrag von Vizebürgermeister Slavik übermittelt der Vorsitzende den Gemeinderäten die besten Wünsche für eine gute Erholung in der Sommerpause und schließt hierauf die Sitzung.

- - -